

## Eigenerklärung zur Eignung in folgendem Vergabeverfahren

zur Maßnahme/Leistung:

### Reinigungs- und Sicherheitsdienstleistungen für das Museum der Stadt Bautzen

Bieter (vollständige Unternehmensbezeichnung inklusive vertretungsberechtigte Personen):

#### *Eintragung in das Berufs- oder Handelsregister Ihres Sitzes oder Wohnsitzes*

Ich bin/Wir sind nicht zur Eintragung in ein Berufs- oder Handelsregister verpflichtet.

Ich bin/Wir sind eingetragen

im

unter der Nummer

beim Amtsgericht

Eine entsprechende Bescheinigung wird auf Verlangen der Auftraggeberin vorgelegt.

#### *Umsatz der letzten drei Jahre*

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit es Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind, unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Jahr

Umsatz im Tätigkeitsbereich des Auftrags

€

€

€

#### *Vergleichbare Leistungen*

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir in den letzten fünf Jahren vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

*Arbeitskräfte*

Ich erkläre/Wir erklären, dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Beschäftigten zur Verfügung stehen.

Folgende Beschäftigte im Bereich der **Sicherheitsdienstleistungen** stehen für die gegenständliche Leistung zur Verfügung:

Funktion	Name

*Bei Bedarf auf einem gesonderten Blatt fortfahren.*

*Technische Ausstattung*

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir über die Ausstattung, Geräte und technische Ausrüstung zur Erfüllung der Dienstleistung verfügen.

*Berufshaftpflichtversicherung*

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir im Auftragsfall eine Berufs-/Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum der Ausführung abschließen werde/n bzw. bereits abgeschlossen habe/n. Die Mindestdeckungssummen betragen: 1 Millionen € bei Personenschäden, 500.000 € bei Sach- und Vermögensschäden, 25.000 € bei Schlüsselverlustschäden, 50.000 € bei Bearbeitungsschäden.

Eine entsprechende Zusicherung der Versicherung bzw. ein entsprechender Versicherungsnachweis kann auf Verlangen nachgewiesen werden.

Der Versicherungsnachweis ist nach Zuschlagserteilung vorzulegen.

*Zahlung von Steuern und Abgaben sowie Beiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung*

Ich erkläre/Wir erklären, dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

*Insolvenzverfahren und Liquidation*

- Ich erkläre/Wir erklären, dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren beantragt oder eröffnet wurde.
- Ein Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens oder eines vergleichbaren gesetzlich geregelten Verfahrens wurde mangels Masse abgelehnt.
- Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.
- Mein/Unser Unternehmen befindet sich in Liquidation oder hat seine Tätigkeit eingestellt.

*Schwere Verfehlungen, die die Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt*

Ich erkläre/Wir erklären, dass für mein/unsere Unternehmen keine schwere Verfehlung vorliegt, die meine/unsere Zuverlässigkeit als Bieter in Frage stellt z.B. wirksames Berufsverbot (§ 70 StGB), wirksames vorläufiges Berufsverbot (§ 132a StPO), wirksame Gewerbeuntersagung (§ 35 GewO), Verstoß gegen § 81 Absatz 1 Nummer 1 GWB, rechtskräftiges Urteil innerhalb der letzten zwei Jahre gegen mich/uns oder Mitarbeiter mit Leitungsaufgaben einschließlich der Überwachung der Geschäftsführung oder der sonstigen Ausübung von Kontrollbefugnissen in leitender Stellung wegen Terrorismusfinanzierung oder wegen der Teilnahme an einer solchen Tat oder wegen der Bereitstellung oder Sammlung finanzieller Mittel in Kenntnis dessen, dass diese finanziellen Mittel ganz oder teilweise dazu verwendet werden oder verwendet werden sollen, eine Tat nach § 89a Absatz 2 Nummer 2 StGB zu begehen (§ 89c StGB), Bestechlichkeit und Bestechung von Mandatsträgern (§ 108e StGB), Artikel 2 § 2 des Gesetzes zur Bekämpfung internationaler Bestechung (Bestechung ausländischer Abgeordneter im Zusammenhang mit internationalem Geschäftsverkehr), Bildung krimineller Vereinigungen (§ 129 StGB), Bildung terroristischer Vereinigungen (§ 129a StGB), kriminelle und terroristische Vereinigungen im Ausland (§ 129b StGB), Menschenhandel (§§ 232, 233 StGB), Förderung des Menschenhandels (§ 233a StGB), Diebstahl (§ 242 StGB), Unterschlagung (§ 246 StGB), Erpressung (§ 253 StGB), Geldwäsche (§ 261 StGB), Betrug (§ 263 StGB), Subventionsbetrug (§ 264 StGB), Kreditbetrug (§ 265 b StGB), Untreue (§ 266 StGB), Urkundenfälschung (§ 267 StGB), Fälschung technischer Aufzeichnungen (§ 268 StGB), Delikte im Zusammenhange mit Insolvenzverfahren (§ 283 ff. StGB), wettbewerbsbeschränkende Absprachen bei Ausschreibungen (§ 298 StGB), Bestechung im geschäftlichen Verkehr (§ 299 StGB), Brandstiftung (§ 306 StGB), Baugeschädigung (§ 319 StGB), Vorteilsgewährung (§ 333 StGB), Bestechung (§ 334 StGB), jeweils auch in Verbindung mit § 335a StGB die mit Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen geahndet wurde.

Einer Verurteilung oder der Festsetzung einer Geldbuße im Sinne der genannten Vorschriften stehen eine Verurteilung oder die Festsetzung einer Geldbuße nach den vergleichbaren Vorschriften anderer Staaten gleich.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.

*Datenschutz*

Ich erkläre/Wir erklären, dass alle technischen und organisatorischen Maßnahmen zur Gewährleistung des Datenschutzes und der Informationssicherheit getroffen wurden, die bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) und das Sächsische Datenschutzdurchführungsgesetz vorgegeben sind.

Die Verpflichtung zur Geheimhaltung betrifft alle meine/unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Ich garantiere /Wir garantieren, dass die Geheimhaltung auch bestehen bleibt, wenn das Arbeitsverhältnis zwischen mir/uns und einer Mitarbeiterin/einem Mitarbeiter endet.

**[Ort, Datum,  
Unterschrift bzw. Name der Erklärenden/des Erklärenden (Vor- und Nachname)]**